

BÜRGERSCHAFTS-
FRAKTION LÜBECK

SPD

RECHENSCHAFTSBERICHT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

für das Berichtsjahr 2013 bis Februar 2014



RECHENSCHAFTSBERICHT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

für das Berichtsjahr 2013 bis Februar 2014
Stand 24. Februar 2014

Im vergangenen Jahr wurden wir bei der Kommunalwahl wieder die stärkste politische Kraft in unserer Stadt und konnten die meisten Wählerinnen und Wähler für uns gewinnen. Das geltende Kommunalwahlrecht, das große Parteien gegenüber kleinen Parteien und Wählergemeinschaften benachteiligt, ist die Ursache dafür, dass sich dies nicht in der Fraktionsstärke und in der Anzahl der Bürgerschaftsmandate niederschlägt. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, für Nachbesserungen zu sorgen und die Gerechtigkeitslücke zu schließen. Als stärkste Partei stellen wir mit Gabriele Schopenhauer erneut die Stadtpräsidentin.

Die neue Fraktion ist deutlich jünger und ist eine gute Mischung von erfahrenen Kommunalpolitikern und neuen Gesichtern. Trotz der quotierten Liste zur Kommunalwahl ist es leider nicht gelungen, dass sich mehr Frauen in unserer Fraktion engagieren und Verantwortung übernehmen können. Dennoch ist es uns erstmalig gelungen, die von der SPD zu besetzenden Aufsichtsratsmandate quotiert zu besetzen.

Trotz komplizierter Mehrheitsverhältnisse ist es gelungen, die neue Bürgerschaft arbeitsfähig zu machen, Ausschüsse und Aufsichtsräte zu besetzen. Die SPD stellt 5 Ausschussvorsitzende inkl. Kulturstiftung.

Die Liste wichtiger Entscheidungen, die vorab miteinander in ihren Grundzügen vereinbart werden mussten, war lang (Fortsetzung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung, eine Entscheidung über die städtebauliche Entwicklung der nördliche Wallhalbinsel, die zukünftige Entwicklung der Schullandschaft in unserer Stadt u.v.m.) Am Ende vielschichtiger, aber stets konstruktiver Gespräche haben wir uns für eine Kooperation mit Bündnis 90/den Grünen und den Freien Wählern ausgesprochen und diese vereinbart.

Vieles was für uns wünschenswert ist, konnten wir durchsetzen. Die Kooperationsvereinbarung lässt deutlich unsere sozialdemokratische Handschrift erkennen. Sie gibt unserer Stadt eine soziale, gerechte und lebenswerte Perspektive. Die zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen wurden in dem Willen nach konstruktiver Zusammenarbeit und lösungsorientierter Kompromissbereitschaft diskutiert und durch für Alle tragfähigen Kompromisse abgearbeitet.

Das Gesicht der Hansestadt hat sich weiter zum Positiven verändert. Das zeigt auch, dass entgegen dem allgemeinen Trend zum vierten Mal in Folge die Hansestadt einen Bevölkerungszuwachs verzeichnet. 213 922 Menschen und damit 500 Menschen mehr als im Vorjahr leben in unserer Stadt.

Dies liegt auch daran, dass sich unsere Stadt in den vergangenen Jahren gezielt den Herausforderungen einer Universitäts- und Wissenschaftsstadt angenommen, die soziale Infrastruktur gestärkt und neue Baugebiete ausgewiesen hat. Der Aufschwung ist trotz einer teilweise schwächelnden Konjunktur, die sich auch an sinkenden Umschlagszahlen in den Lübecker Häfen festmachen lassen, ungebrochen. Der Umstrukturierungsprozess zeigt weitere Erfolge. Die Arbeitsmarktzahlen sind deutlich besser. Lübeck hat bei Löhnen und Gehältern signifikant aufgeholt. Lübeck ist als Tourismusstandort unverändert erfolgreich. Die Hansestadt gewinnt als Arbeits- und Wohnort weiter an Attraktivität.

Dennoch sind die finanziellen Rahmenbedingungen für die kommunalpolitische Arbeit unverändert schwierig.

Die Hauptursachen haben sich kaum verändert. Städten und Gemeinden werden von Bund und Land ständig neue Aufgaben übertragen. Gleichzeitig wird den Kommunen von Bund und Land immer tiefer in die Tasche gegriffen und so die finanzielle Basis zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben genommen. Die Landesregierung tut sich dabei unverändert schwer, dem Druck der starken Lobby aus den Kreistagen, den Landräten zu widerstehen. Und so sollen die kreisfreien Städte nach den veränderten Plänen deutlich weniger Finanzaufwendungen erhalten, als die ursprünglich zugesagten, zusätzlichen Gelder aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Dies wird die erhofften zusätzlichen Investitionsmöglichkeiten der betroffenen Städte mittel- und langfristig nachhaltig einschränken.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben mit Augenmaß und Entschlossenheit den Haushalt der Hansestadt Lübeck weiter konsolidiert, ohne bewährte Strukturen zu zerschlagen. Der Haushalt 2014 wurde ohne Kürzungen durch den Innenminister so früh im Jahr wie seit Jahren nicht mehr genehmigt. Die Kooperationspartner haben sich der Gestaltung der Haushaltspolitik auch in schwierigen Zeiten gestellt und sich auch nicht vor unpopulären Entscheidungen gedrückt.

Unsere politische Bilanz für 2013 kann sich trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sehen lassen:

Für die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion im Berichtszeitraum heißt dies:

1. Der Haushalt für 2014 wurde in der Bürgerschaft gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern verabschiedet. Die Stadt ist damit handlungsfähig. Uns ist es gelungen wesentlich Akzente neu zu setzen.

Das Gebäudemanagement erhält einmalig 5 Millionen € zusätzlich zum Abbau des Sanierungsstaus an den Lübecker Schulen und öffentlichen Gebäuden.

2. Durch unseren Beschluss zur Neuordnung der Stadtteilbüros wird das Konzept der Stadtteilbüros finanziell nachhaltig abgesichert. Ein Wermutstropfen ist dabei die endgültige Schließung des Büros in Travemünde. Die Büros in Moisling und St. Gertrud öffnen versetzt jeweils an zwei Tagen, an den geschlossenen Tagen steht das Büro in der Innenstadt zur Verfügung.
3. Die Kultur muss sich nur soweit an der Haushaltskonsolidierung beteiligen, dass keine vorhandenen Strukturen zerschlagen werden. Das Museum Natur und Umwelt, Geschichtswerkstatt, Nordische Filmtage werden gesichert. Der Zuschuss der Stadt für die Nordischen Filmtage wird erst ab 2015, und sehr viel geringer als geplant, gekürzt. Der städtische Zuschuss für den Volksfestumzug bleibt unangetastet.

Die Flächen zwischen Falkenstraße und Wakenitz, die zurzeit vom Sport genutzt werden, bleiben langfristig dem Sport erhalten. Eine Wohnbebauung bleibt ausgeschlossen. Wir unterstützen eine Gesamtlösung, die auch dem Tanzclub Hanseatic und dem Lübecker Judoclub die Zukunft sichern, deren Erbpachtverträge an der Kanalseite der Falkenstraße 2016 auslaufen. Wir halten es für sinnvoll, wenn alle betroffenen Sportvereine ab 2016 zwischen Falkenstraße und Wakenitz

angesiedelt sind und einen langfristigen Erbpachtvertrag erhalten. Dazu muss eine neue Planung vorangetrieben werden. Die Grundsatzbeschlüsse hierzu wurden gefasst.

4. Die Ergebnisse der Liniennetz-Optimierung für den Stadtverkehr wurden umgesetzt. Wie zugesagt wurden im intensiven Dialog mit den Busnutzerinnen und -nutzern festgestellte Probleme, diskutiert, und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Die Gewerbeschulen in der Georg Kerschensteiner Straße werden zukünftig durch eine neue Buslinie vom Gustav Radbruch Platz über die Nordtangente angefahren.
5. Travemünde war bei der SPD in guten Händen und auch im Berichtszeitraum ein Schwerpunkt der Arbeit der Lübecker Bürgerschaft.

Die Modernisierung der Kurpromenade wurde beendet. Die Planungen für eine fußgängerfreundliche Umgestaltung der Travepromenade wurden vorangetrieben.

Die planerischen Voraussetzungen für eine touristische Weiterentwicklung auf dem Priwall durch das Waterfront-Projekt wurden geschaffen. Im laufenden Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan werden wir darauf achten, einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den Interessen des Investors, denen der Priwallianerinnen und Priwallianer und der bisheriger Nutzer des Passathafens zu finden.

Wir haben das Nein der Travemünderinnen und Travemünder zu einer Bebauung des Grünstrandes umgesetzt. Der Grünstrand bleibt unangetastet.

6. Die Umgestaltung der Fußgängerbereiche in der Altstadt, die Umsetzung des Prozesses „Mitten in Lübeck“ wurde erfolgreich abgeschlossen. Der umgestaltete Klingenberg mit seinen Wasserspielen wurde nicht nur von Familien mit Kindern gut angenommen und entwickelt sich zu einem attraktiven Eingangstor für das Domviertel und die durch die Schließung von C&A in Mitleidenschaft gezogene Mühlenstraße.
7. Die Ansiedlung von IKEA ist im Zeitplan und hat nun eröffnet.
8. Wir haben zur Weiterentwicklung des Rathausinformationssystems in der Bürgerschaft einen Masterplan „Informationstechnologie“ zur Effizienzsteigerung der Verwaltungsabläufe (Dokumentenmanagement, Internettelefonie, eGovernment) durchgesetzt.

Lübeck soll Vorreiter für eine bürgernahe elektronische Verwaltung werden. Dazu gehört zum Beispiel die Erledigung von Angelegenheiten auf elektronischem Weg. Wir wollen die Einrichtung einer zentralen elektronischen Poststelle zur rechtswirksamen Zustellung und die Eröffnung eines elektronischen Verwaltungszugangs gemäß Landesverwaltungsgesetz.

9. Der Verbund der Lübecker Museen arbeitet seit Jahren so erfolgreich, dass nunmehr Einvernehmen darüber erzielt wurde, diesen unbefristet fortzusetzen.
10. Wir haben die berechtigten Wünsche und Forderungen an die Politik und Verwaltung nach „Mehr Bürgerbeteiligung“ aufgenommen und sehr erfolgreich umgesetzt.

In Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe „Zukunftsdialoge“ haben wir im Berichtszeitraum mehrere mit Blick auf die Teilnehmerzahlen, die politische Wirkung in der Zielgruppe, der Beachtung

in den Medien und der interessierten politischen Öffentlichkeit mehrere höchst erfolgreiche Veranstaltungen durchgeführt, so

zur **Bildung und Wissenschaft** mit Frau Senatorin Annette Borns, der Wissenschaftsmanagerin der Hansestadt Frau Dr. Iris Klassen, Schulrat Helge Dausg, Joachim Karschny Kinder Wege gGmbH,

zur **Stadtteilentwicklung** am Beispiel des ehemaligen Schlachthofgeländes an der Schwartauer Allee mit Franz Peter Boden, Peter Reinhardt, Jörg Hundertmark,

zur **Kulturpolitik** in den Kammerspielen ,mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig, Frank Thomas Gaulin, Senatorin Annette Borns, Sigrid Dettloff Theater Combinale und dem geschäftsführenden Direktor des Lübecker Theaters Christian Schwandt,

zum Thema „**Gutes Wohnen**“ mit dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Andreaas Breitner, Senator Franz Peter Boden, Detlef Aue, Vorstand des Lübecker Bauvereins und Harald Quirder,

zum Thema „**Parkprobleme rund um die Falkenwiese**“ mit Senator Franz Peter Boden und Reinhold Hiller,

zum Thema „**Kleingärten in Lübeck**“ mit Senator Franz Peter Boden, Senator Sven Schindler, der Landtagsabgeordneten Sandra Redmann (SPD), Hans Dieter Schiller, Vorsitzender der schleswig-holsteinischen und Lübecker Gartenfreunde.

2014 stehen für uns unter anderem folgende Themen auf der Agenda:

Wir wollen

- eine weitere Konsolidierung der städtischen Finanzen und solide Haushalte
- neue Impulse für die Lübecker Hafengesellschaft, der Tarifvertrag 2013 muss kurzfristig zum Abschluss gebracht werden.
- die Neuordnung des inneren Kurgebiets in Travemünde durch eine Umsetzung der Pläne für eine touristische Nutzung des Geländes des ehemaligen Aqua Top vorantreiben.
- eine Fortsetzung der Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum in der Hansestadt Lübeck.
- Unterstützung des Konzepts „Wachsende Stadt“ durch Ausweisung von Wohnbauland für weitere Einfamilienhäuser
- mehr Wohnraum für Studentinnen und Studenten schaffen
- eine weitere Aufwertung der Stadtteile mit Geschosswohnungsbau, etwa durch den Bau eines Bahnhaltdepot in Moisling und einer die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigenden Verkehrsanbindung, das Projekt „Soziale Stadt für Moisling“ und die Fortsetzung des Sanierungsprogramms für die Wohnungsbestände der Grundstücksgesellschaft Trave in Holstentor Süd, Moisling und Kücknitz/Roter Hahn.

- die Umsetzung der Ergebnisse des von uns durchgesetzten Berichtes über eine Vereinheitlichung der bisher den Bürgerinnen und Bürgern eingeräumten Vergünstigungen durch Ostseecard, Juleica-Card, Senioren- und Freizeitpass und Lübeck-Pass. Wir wollen dieses System transparenter, benutzerfreundlicher und schlanker machen. Vergünstigungen für Bedürftige und ehrenamtlich Engagierte sollen diese besser und umfassender erreichen.
- die Umsetzung der im Forum angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des ruhenden Verkehrs zwischen Falkenwiese und Moltkestraße
- die Umsetzung einer dezentralen Unterbringung von AsylbewerberInnen und die Stärkung der Willkommenskultur in unserer Stadt unter Einbeziehung der positiven Erfahrungen in Moisling.
- die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Hotelnutzung auf dem Gelände des ehemaligen Stadthauses schaffen und so sowohl einen lange beklagten städtebaulichen Missstand beseitigen und zugleich neue Impulse für den Tourismusstandort Lübeck setzen.
- gemeinsam mit dem neu einzurichtenden Runden Tisch konkrete Lösungsvorschläge entwickeln, um Stromsperren bei Kundinnen und Kunden, die im beim Energieversorger Zahlungsrückstände haben, künftig zu verhindern

Die unvollständige Aufstellung zeigt: Auch 2014 wird ein für uns alle arbeitsreiches, aber im Interesse Stadt wieder interessantes Jahr in der Lübecker Bürgerschaft werden.

Zum Schluss bedanken wir uns ganz herzlich bei den nach der Kommunalwahl im Mai 2013 nicht mehr in der SPD-Bürgerschaftsfraktion vertretenen früheren Bürgerschaftsmitgliedern

Henri Abler
Sigrid Boeckmann
Lienhard Böhning
Frank Thomas Gaulin
Reinhold Hiller
Susanne Knoll
Barbara Scheel
Ulrike Siebdrat sowie
Wolfgang Stolz

für ihre ehrenamtliche Arbeit. Die Fraktion hat im Rahmen einer kleinen Feierstunde das Engagement der Genossinnen und Genossen gewürdigt.

Lübeck, im Februar 2014



Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion